

Satzung des Vereins der Freunde und Förderer der Grundschule Bingen-Dietersheim Pommernstraße 4, 55411 Bingen

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

- 1.) Der Verein führt den Namen
„Verein der Freunde und Förderer
der Grundschule Bingen-Dietersheim e.V.“.
- 2.) Sitz des Vereins ist Bingen am Rhein.
- 3.) Der Verein soll in das Vereinsregister beim Amtsgericht Bingen/Rhein eingetragen werden.
- 4.) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
- 5.) Personenbezogene Bezeichnungen in dieser Satzung gelten für Frauen in der weiblichen, für Männer in der männlichen Sprachform.

§ 2 Zweck und Ziele des Vereins

- 1.) Der Verein hat den Zweck, den Auftrag der Schule im Sinne des § 1 des Schulgesetzes für Rheinland-Pfalz vom 06.11.1974 zu fördern.
- 2.) Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch die Förderung und Unterstützung der pädagogischen Anliegen und Zielsetzungen der Schule.
- 3.) Der Verein bemüht sich auch um kulturelle, allgemeinbildende und gesellschaftliche Veranstaltungen, die der Gemeinschaft und der Zusammengehörigkeit der am Schulleben beteiligten Schüler, Eltern und Lehrer dienlich sind.
- 4.) Zu den Aufgaben des Vereins gehören auch die Hilfe bei der Beschaffung von technischen Geräten, Lehr- und Lernmitteln.

§ 3 Gemeinnützigkeit

- 1.) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- 2.) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke sowie die anfallenden Verwaltungsaufgaben verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4 Mitgliedschaft

- 1.) Mitglied des Vereins kann jede natürliche Person und jede juristische Person des privaten oder öffentlichen Rechts werden (Schüler, ehemalige Schüler, Eltern der derzeitigen oder ehemaligen Schüler, ehemalige Lehrer und amtierende Lehrer, Interessenten an der Förderung der Schule).
- 2.) Über den schriftlichen Antrag entscheidet der Vorstand. Bei den minderjährigen Antragstellern ist die schriftliche Zustimmung der gesetzlichen Vertreter erforderlich. Mit der Aufnahme erkennt das Mitglied die Satzung, die Ziele und die Aufgaben des Vereins an.
- 3.) Die Mitgliedschaft endet
 - a) mit dem Tod des Mitglieds, bei juristischen Personen mit ihrer Auflösung;
 - b) durch schriftliche Austrittserklärung, gerichtet an ein Vorstandsmitglied, die jedoch nur zum Schluss eines Kalenderjahres zulässig ist;
 - c) durch Ausschluss aus dem Verein;
 - d) durch Streichung aus der Mitgliederliste.

Mit der Beendigung der Mitgliedschaft erlöschen alle Ansprüche an den Verein.

- 4.) Ein Mitglied, das in erheblichem Maße gegen die Vereinsinteressen verstoßen hat, oder offenkundig und fortgesetzt gegen die satzungsgemäß geforderte Mitgliedsverpflichtungen verstößt, kann durch Beschluss des Vorstandes aus dem Verein ausgeschlossen werden. Vor dem Ausschluss ist das betroffene Mitglied persönlich oder schriftlich zu hören. Die Entscheidung über den Ausschluss ist schriftlich zu begründen und dem Mitglied mit Einschreiben gegen Rückschein zuzustellen. Es kann innerhalb einer Frist von einem Monat ab Zugang schriftlich Berufung beim Vorstand einlegen. Über die Berufung entscheidet die Mitgliederversammlung, bis dahin ruht die Mitgliedschaft.
Macht das Mitglied vom Recht der Berufung innerhalb der Frist keinen Gebrauch, unterwirft es sich dem Ausschließungsbeschluss.
- 5.) Die Streichung des Mitglieds aus der Mitgliederliste erfolgt durch den Vorstand, wenn das Mitglied mit zwei Jahresbeiträgen im Verzug ist und diesen Betrag auch nach schriftlicher Mahnung durch den Vorstand nicht innerhalb von 3 Monaten von der Absendung der Mahnung an die letztbenannte Anschrift des Mitglieds voll entrichtet. In der Mahnung muss auf die bevorstehende Streichung der Mitgliedschaft hingewiesen werden.
- 6.) Der Verein besteht aus aktiven und fördernden Mitgliedern sowie Ehrenmitgliedern.
- 7.) Die Ehrenmitgliedschaft wird durch Beschluss der Mitgliederversammlung für besondere Verdienste um den Verein verliehen. Ehrenmitglieder sind von der Beitragspflicht befreit.
- 8.) Die aktiven und passiven Mitglieder ab Vollendung des 18. Lebensjahres haben Stimm- und Wahlrecht.

§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- I. Die Mitglieder haben das **Recht**,
 - 1.) die Wahrnehmung ihrer Interessen durch den Verein zu verlangen.
 - 2.) im Rahmen des Vereinszweckes an den Veranstaltungen teilzunehmen.
- II. Die Mitglieder haben die **Pflicht**,
 - 1.) die Satzung anzuerkennen;
 - 2.) an den Veranstaltungen und der Mitgliederversammlung teilzunehmen.
 - 3.) die festgesetzten Beiträge und Umlagen zu entrichten.
- III. Die Mitgliederversammlung kann den Vorstand ermächtigen, Rentnern, Schülern und Studenten, sowie aus begründetem Anlass, die Beiträge ganz oder teilweise zu erlassen.

§ 6 Organe des Vereins

Die Organe des Vereins sind:

1. Die Mitgliederversammlung
2. Der Vorstand

§ 7 Mitgliederversammlung

- 1.) Die Mitgliederversammlung ist jährlich vom Vorstand unter Einhaltung einer Einladungsfrist von 2 Wochen unter Angabe der Tagesordnung einzuberufen. (Jahreshauptversammlung). Sie soll im 3. Viertel des Jahres (spätestens bis zu Beginn der Herbstferien) stattfinden. Die Bekanntgabe der Einberufung erfolgt mittels einfachem Brief an die letztbekannte Anschrift der Mitglieder oder durch Anzeige in der Binger Allgemeinen Zeitung..
- 2.) Die Mitgliederversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - a) Entgegennahme des Rechenschaftsberichts des Vorstands,
 - b) Beschlussfassung über die Jahresrechnung des Vereins im abgelaufenen Vereinsjahr sowie Genehmigung des Haushaltsplanes für das kommende Geschäftsjahr,
 - c) Entlastung des Vorstandes,
 - d) Wahl des Vorstands einschließlich zweier Kassenprüfer,
 - e) Festsetzung der Höhe und Fälligkeit des Mitgliedsbeitrags,
 - f) Beschlussfassung über Satzungsänderungen und Vereinsauflösung,

- g) Beschlussfassung über die Berufung eines Mitglieds gegen seinen Ausschluss durch den Vorstand,
- h) Beratung und Beschlussfassung über alle Fragen, die von so großer Bedeutung sind, dass durch sie wesentliche Grundlagen des Vereinslebens betroffen sind.
- 3.) Anträge auf Änderung der Satzung und zu den Angelegenheiten, bei denen eine 3/4-Mehrheit erforderlich ist, müssen eine Woche im voraus schriftlich mit kurzer Begründung beim Vorstand eingereicht werden.
- 4.) Die Mitgliederversammlung fasst ihre Beschlüsse, so weit nicht anderes bestimmt, mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder ab 18 Jahren. Jedes stimmberechtigte Mitglied hat eine Stimme, Stimmübertragung ist nicht möglich, Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung. Die Wahlen zum Vereinsvorstand erfolgen in der Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit.
- 5.) Wahlen werden grundsätzlich in geheimer Abstimmung durchgeführt. Abstimmung durch Handzeichen genügt, wenn dies beantragt wird und sich kein Widerspruch ergibt.
- 6.) Eine Änderung der Satzung bedarf einer Mehrheit von 3/4 der anwesenden Vereinsmitglieder, eine Änderung des Vereinszwecks der Mehrheit von 3/4 aller Vereinsmitglieder.
- 7.) Der Vorstand hat unverzüglich eine Mitgliederversammlung einzuberufen, wenn das Vereinsinteresse es erfordert oder wenn mindestens 5 % der Mitglieder die Einberufung schriftlich und unter Angabe des Zwecks und der Gründe fordern (außerordentliche Mitgliederversammlung).
- 8.) Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom Versammlungsleiter und vom Schriftführer zu unterzeichnen ist.

§ 8 Vorstand

- 1.) Der Vorstand (§ 26 BGB) besteht aus dem Vorsitzenden und seinem Stellvertreter. Jedes Vorstandsmitglied ist je einzeln zur Vertretung des Vereins, gerichtlich und außergerichtlich, berechtigt.
- 2.) Rechtshandlungen, die den Verein zu Leistungen von mehr als 1.000,- DM verpflichten, bedürfen im Innenverhältnis der Zustimmung des erweiterten Vorstandes.
- 3.) Die Vorsitzenden sind mitverantwortlich und mitverantwortlich für die Verwirklichung der Ziele und Aufgaben des Vereins. Sie führen den Verein und rufen und leiten die Sitzungen und Versammlungen. Für das Innenverhältnis wird bestimmt, dass ein stellvertretender Vorsitzender nur vertretungsbe-rechtigt ist, wenn der Vorsitzende verhindert ist.
- 4.) Der Vorstand hat neben der Vertretung und der Leitung des Vereins die Aufgabe, wesentliche Ent-scheidungen vorzubereiten und dem erweiterten Vorstand zur Beratung und Beschlussfassung vor-zuschlagen.

§ 9 Der erweiterte Vorstand

- 1.) Der erweiterte Vorstand (Vereins-Vorstand) besteht aus:
 - a) dem Vorstand (§ 8)
 - b) dem Schulleiter
 - c) dem Kassenwart
 - d) dem Schriftführer
 - e) dem Vorsitzenden des Schulleiternbeirates
 - f) den bis zu 4 Beisitzern
 - g) sowie deren Stellvertreter (b - e).
- 2.) Aufgabe des Vereins-Vorstandes ist die Leitung und Verwaltung des Vereins nach Maßgabe der Satzung und der Beschlüsse der Mitgliederversammlung, sowie die allgemeine Vertretung des Ver-eins entsprechend den Bevollmächtigungen durch den Vorstand.
- 3.) Die Mitglieder des Vereins-Vorstandes werden von der Mitgliederversammlung auf 2 Jahre gewählt. Er bleibt so lange im Amt, bis eine Neuwahl erfolgt. Der Schulleiter, der Vorsitzende des Schulleiternbeirates und deren Vertreter werden nicht gewählt und gehören dem Vorstand des Vereins kraft Amtes an.
- 4.) Scheidet ein Mitglied des Vereins-Vorstandes während der Amtsperiode aus, wählt der Vorstand ein Ersatzmitglied für den Rest der Amtsdauer des ausgeschiedenen Vorstandsmitglieds.

§ 10 Vorstandssitzung

- 1.) Eine Vereins-Vorstandssitzung muss einberufen werden, wenn mindestens 3 Vorstandsmitglieder dies unter Angabe von Gründen verlangen.
- 2.) Der Vereins-Vorstand ist beschlussfähig, wenn alle Vorstandsmitglieder eingeladen sind, und min-destens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist.
- 3.) Der Vereins-Vorstand beschließt mit der einfachen Mehrheit der erschienenen Mitglieder. Bei Stim-mengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden bzw. des die Sitzung Leitenden den Ausschlag.
- 4.) Der Vorstand kann im schriftlichen Verfahren beschließen, wenn dem alle Vorstandsmitglieder zu-stimmen.

§ 11 Kassenwart

- 1.) Der Kassenwart hat die finanziellen Angelegenheit des Vereins zu erledigen. Im Rahmen des von der Mitgliederversammlung verabschiedeten Haushaltsplans und der Vorstandsbeschlüsse ist er zu Ausgaben berechtigt. Im Falle unabweisbarer Ausgaben, die unvorhergesehen entstanden sind oder die über die Ansätze im Haushaltsplan hinausgehen, die durch Entnahme aus Rücklagen gedeckt werden können, ist der Vereinsvorstand berechtigt, die Ausgaben zu genehmigen. Dies ist der nächsten Mitgliederversammlung ebenfalls zur Genehmigung vorzulegen.
- 2.) Er hat einen jährlichen, ausgeglichenen Haushaltsplan aufzustellen, der vom Vereins-Vorstand zu genehmigen und in der Mitgliederversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen ist.
- 3.) Er hat mit Ablauf des Geschäftsjahres die Kassenbücher abzuschließen und die Abrechnung den Kassenprüfern zur Überprüfung vorzulegen. Die Kassenprüfer berichten hiervon in der Mitglieder-versammlung.

§ 12 Schriftführer

- 1.) Der Schriftführer führt den Schriftwechsel des Vereins, fertigt die Protokolle und Einladungen und führt die Mitgliederliste.
- 2.) Protokolle muss er gemeinsam mit dem Vorsitzenden oder des die Sitzung Leitenden unterzeichnen.

§ 13 Beisitzer

Die Beisitzer wirken im Vereins-Vorstand mit. Sie sollen zu allen nicht gesondert erwähnten Aufga-ben zu Rat und Tat herangezogen werden.

§ 14 Austritt und Auflösung des Vereins

- 1.) Die Auflösung des Vereins kann nur in einer mit dem Tagesordnungspunkt „Auflösung“ unter Einhal-tung einer Frist von 1 Monat einberufenen Mitgliederversammlung mit einer 3/4-Mehrheit von min-destens der Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder beschlossen werden.
- 2.) Sollte bei der ersten Versammlung nicht die erforderliche Hälfte der Mitglieder anwesend sein, so ist eine zweite Versammlung mit der gleichen Frist einzuberufen, die dann mit 3/4-Mehrheit der anwe-senden Mitglieder den Beschluss herbei führen kann.
- 3.) Bei Auflösung des Vereins fällt das Vermögen des Vereins an die Schule, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

§ 15 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit ihrer Annahme durch die Mitgliederversammlung am 16. Oktober 1997 in Kraft.

Fassung gemäß Beschluss der Mitgliederversammlung vom 15. Mai 1998